Reichsgesetzblatt
Teil 1
1935 | Ausgegeben zu Berlin, den 25. Juli 1935 | Nr. 82

Inhalt

<table>
<thead>
<tr>
<th>Tag</th>
<th>Inhalt</th>
<th>Seite</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>20.7.35</td>
<td>Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Bereidigung der Beamten und der Soldaten der Wehrmacht</td>
<td>1035</td>
</tr>
<tr>
<td>18.7.35</td>
<td>Vierte Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zur Verhütung erkrankten Nachwuchses</td>
<td>1035</td>
</tr>
<tr>
<td>22.7.35</td>
<td>Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Landespolizei</td>
<td>1037</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Gesetz
zur Änderung des Gesetzes über die Bereidigung der Beamten und der Soldaten der Wehrmacht.


Die Reichsregierung hat folgende Änderung des Gesetzes über die Bereidigung der Beamten und der Soldaten der Wehrmacht vom 20. August 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 783) beschlossen, die hiermit verkündet wird:

§ 2 Absatz 2 erhält folgende Fassung:
2. Der Dienst der Soldaten der Wehrmacht lautet:

"Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, daß ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volksführer Adolf Hitler, dem Obersten Führer der Wehrmacht, unbedingten Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzugeben."


Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsriegsminister
von Blomberg

Vierte Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zur Verhütung erkrankten Nachwuchses.


Auf Grund des § 17 des Gesetzes zur Verhütung erkrankten Nachwuchses wird zur Ausführung des Gesetzes vom 26. Juni 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 773) hiermit verordnet:

Artikel 1

Die Unterbrechung der Schwangerschaft nach § 10a des Gesetzes zur Verhütung erkrankten Nachwuchses und die Unfruchtbarmachung sollen nach Möglichkeit gleichzeitig durchgeführt werden.

Artikel 2

Der Unterbrechung der Schwangerschaft im Sinne des § 14 des Gesetzes steht die Lösung eines in der Gesetzeinordnung genannten Kinds gleich.

Artikel 3

Die Einwilligung zur Schwangerschaftsunterbrechung nach § 10a und zur Unfruchtbarmachung, Schwangerschaftsunterbrechung oder Entfernung der Keimdrüsen nach § 14 des Gesetzes ist von bemanntigen zu erlassen, an dem der Eingriff vorgenommen werden soll. Kann ihm nach Anweisung des Arztes das Begehren der Maßnahme nicht verständlich gemacht werden, so ist die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters oder des Pflegers erforderlich.
Artikel 4
Ohne die Einwilligung (Artikel 3) ist der Eingriff nur fahrlässig, wenn er wegen unmittelbarer Gefahr für Leben oder Gesundheit nicht ausgeschieden werden kann.

Artikel 5
(1) Eine Unfruchtbarmachung oder Schwangerschaftsunterbrechung gemäß § 14 Abs. 1 des Gesetzes darf erst vorgenommen werden, nachdem eine Gutachterstelle (Artikel 6 und 7) den Eingriff für erforderlich erklärt hat, es sei denn, daß er wegen unmittelbarer Gefahr für Leben oder Gesundheit nicht ausgeschieden werden kann.

(2) Der Anrufung der Gutachterstelle bedarf es nicht, wenn die Unfruchtbarmachung dadurch bewirkt wird, daß erkrankte Teile der Geschlechtsorgane entfernt werden.

Artikel 6
(1) Der Reichsminister des Innern bildet nach Bedarf Gutachterstellen, die darüber entscheiden, ob gesundheitliche Gründe die Unterbrechung der Schwangerschaft oder die Unfruchtbarmachung erfordern.

(2) Der Reichsminister des Innern erklärt Richtlinien über die Voraussetzungen, unter denen solche Gründe als vorhanden anzusehen sind.

(3) Der Leiter der Gutachterstelle wird von dem Reichsminister des Innern berufen und abberufen.

Artikel 7
(1) Der Leiter der Gutachterstelle regelt die Bestellung von Ärzten zu Gutachten und bestimmt die Reihenfolge ihrer Heranziehung zur Gutachtentätigkeit. Zum Gutachteramt dürfen nur Ärzte anrufen, die in der Literatur über die Grundlagen der Geburtshilfe berufen wurden.

(2) Der Gutachtertätig ist der Leiter auszubilden, der die Maßnahmen bestimmt. Ausnahmen hierfür kann der Reichsminister des Innern zulassen.


Artikel 8
(1) Zur Einleitung des Verfahrens bei der Gutachterstelle bedarf es des schriftlichen Antrags eines approbierten Arztes.

(2) Die Gutachterstelle läßt jeden einzelnen Fall durch zwei approbierte Ärzte schriftlich begutachten. Diese sollen ihr Gutachten nach persönlicher Unter suchung des Betroffenen in der Weise erstatten, daß vor Abschluß des Verfahrens keiner von den Gutachtern durch andere Ärzte ersetzt wird.

(3) Stimmen die Gutachten im Ergebnis überein, so ist entsprechend zu verfahren. Andernfalls entscheidet der Leiter der Gutachterstelle nach Beurteilung eines Obergutachters oder auf Grund eigener Untersuchung.

Artikel 9
(1) Die Unterbrechung der Schwangerschaft nach § 10a sowie die Unfruchtbarmachung, Unterbrechung der Schwangerschaft oder die Entfernung der Keimdrüsen nach § 14 des Gesetzes dürfen nur in einem Krankenanstalt von einem approbierten Arzt vorgenommen werden. Sie sollen nur in der Absicht nicht vorgenommen werden von einem Arzt, der an dem Verfahren als Gutachter (Obergutachter) beteiligt gewesen ist.

(2) Der Leiter der Schwangerschaftsklinik kann außerhalb einer Krankenanstalt vorgenommen werden, wenn die Beförderung in der Krankenanstalt eine erhebliche Gefahr für das Leben oder die Gesundheit der Schwangeren mit sich bringen würde. In der Anzeige über die Schwangerschaftsunterbrechung gemäß Artikel 12 ist zu begründen, weshalb der Eingriff nicht in einer Krankenanstalt vorgenommen worden ist.

Artikel 10
(1) Die Kosten der Unterbrechung der Schwangerschaft nach § 10a des Gesetzes sind nach den Vorschriften über die Kosten der Unfruchtbarmachung Erbschaften zu tragen.

(2) Die Kosten eines Eingriffes gemäß § 14 des Gesetzes sowie die Kosten des Gutachterverfahrens trägt die betreffende Person. Bei der Abrechnung der Kosten ist der Arzt zu verpflichten, die Kosten mit Recht und Gerechtigkeit abzufassen.
Artikel 11

1. Der Reichsminister des Innern bestimmt im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister die Gebührensätze für das Gutachterverfahren.

2. Der Reichsminister des Innern bestimmt das Nähere über die Festlegung und die Verwendung der Gebühren. Der Reichsminister des Innern bestimmt ferner das Verfahren, in dem die Gebühren eingerogen werden.

3. Der Gutachter hat keinen Anspruch auf Vergütung; jedoch werden ihm seine Unkosten erteilt.

Artikel 12

1. Jede Unterbrechung der Schwangerschaft sowie jede vor Vollendung der 32 Schwangerschaftswoche einsetzende Fehlgeburt (Fruchtabgang) oder Frühgeburt sind binnen drei Tagen dem zuständigen Arzt schriftlich anzuzeigen.

2. Zur Anzeige sind verpflichtet:
   1. der bingegogene Arzt,
   2. die bingegogene Hebamm, 
   3. jede Person, die zur Hilfeleistung bei der Fehlgeburt (Fruchtabgang) oder Frühgeburt bingegogene Person, mit Ausnahme der Verwandten, Verwandten und der zum Hausstand der Schwangeren gehörenden Personen.

3. Jedoch tritt die Verpflichtung der in der vorstehenden Reihenfolge später genannten Personen nur dann ein, wenn ein früher genannter Verpflichteter nicht vorhanden oder an der Erstattung der Anzeige verhindert ist.

4. Hat eine Gutachterstelle über die Zulässigkeit der Unterbrechung der Schwangerschaft gemäß Artikel 5 entschieden, so hat der den Eingriff vornehmende Arzt außerdem der Gutachterstelle binnen drei Tagen nach dem Eingriff hiervon Anzeige zu erstaten.

Artikel 13

Artikel 8 der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zur Verhütung erbratenen Nachwuchses vom 5. Dezember 1933 (Reichsgefehlt. I S. 1021) erhält folgenden zweiten Absatz:

"Wenn eine Gutachterstelle befragt war, ist außerdem dem Leiter dieser Gutachterstelle binnen drei Tagen nach dem Eingriff Anzeige zu erteilen."

Artikel 14

1. Wer den Vorschriften des Artikels 5 zuwiderhandelt, wird, soweit nicht nach anderen Vorschriften eine höhere Strafe verhängt ist, mit Gefängnis bestraft.

2. Wer vorätzlich oder schärfestig der ihm in den Artikeln 12 und 13 auferlegten Anzeigepflicht zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einhundertfünfzig Reichsmark bestraft.

Artikel 15


Artikel 16

Der Reichsminister des Innern kann seine Befugnisse gemäß Artikel 6, 7 und 11 Abs. 2 Satz 1 auf andere Stellen übertragen.

Artikel 17

Die Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft; jedoch treten die Artikel 5 bis 8 erst am 1. Oktober 1935 in Kraft.


Der Reichsminister des Innern

A. Eberle

Der Reichsminister der Justiz

In Vertretung

Dr. Schlegelberger

Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Landespolizei.


Auf Grund des § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Landespolizei vom 29. März 1935 (Reichsgefehlt. I S. 460) wird verordnet:

§ 1

Das Reich tritt mit dem 1. April 1935 in alle vermögensrechtlichen Pflichten und Rechte ein, die mit der Landespolizei der Länder verbunden sind.

§ 2

In Schuldverhältnissen, die nicht auf einem Vertrag beruhen, tritt das Reich nur dann ein, wenn die Schuldverhältnisse durch den Dienstbetrieb der Landespolizei nach dem 31. März 1934 entstanden sind. Soweit Ansprüche bereits von dem Land be-